

Bundesrat ergreift Massnahmen gegen die Probleme der älteren Arbeitnehmenden.

Besserer Übergang

Der SGB und der VPOD anerkennen: Wichtige Fortschritte für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat der Bundesrat jetzt auf den Weg gebracht. Ein Teil der Massnahmen ist aber zu zaghaft.

Von den neuen Massnahmen des Bundesrates stösst namentlich die Überbrückungsrente auf den Beifall der Gewerkschaften: Sie gibt älteren ausgesteuerten Arbeitslosen neu eine gewisse Sicherheit und verhindert deren Abgleiten in die Sozialhilfe. Und sie sorgt dafür, dass die Betroffenen nicht schon vor dem ordentlichen Rentenalter auf ihre Altersvorsorgeguthaben zurückgreifen müssen.

Der SGB bedauert allerdings, dass diese Massnahme erst ab 60 und nicht bereits ab 58 Jahren gilt und dass der Bundesrat beim Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende keine Verbesserungen vorschlägt. Immerhin: Die Überbrückungsrente trägt dazu bei, dass weniger Menschen in der Sozialhilfe landen, die dort nicht hinpassen, weil für sie die Wiederintegration ins Erwerbsleben nur noch theoretischer Natur ist.

Richtige Richtung

Weitere Massnahmen im Bereich der Vermittlung und der Aus- und Weiterbildung gehen, wenn auch zu zaghaft, in die richtige Richtung, die auch von der VPOD-Verbandskommission Sozialbereich skizziert wurde: kostenlose Standortbestimmung, Potenzialanalyse und Laufbahnberatung für Arbeitnehmende ab 40, konsequente Anrechnung von Aus- und Weiterbildungen, Impulsprogramm, Ausbau der RAV-Beratung, besserer Zugang zu Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen für Ausgesteuerte.

Wie der Bundesrat bekanntgibt, lassen sich die Massnahmen - mit Ausnahme der Überbrückungsrente - ohne Gesetzesänderung realisieren (zur Überbrückungsleistung gibt es eine Vernehmlassung). Das gesamte, bis 2024 befristete Paket gehört in den Kontext der Stärkung des inländischen Arbeitskräftepotenzials und ist damit auch ein Stück Europapolitik. Die Massnahmen kosten rund 300 Millionen Franken. Der SGB ergänzt sein Communiqué um die Feststellung, dass das Rahmenabkommen trotz dieses sozialpolitischen Entgegenkommens weiterhin abgelehnt wird.

VPOD Schweiz, 1.6.2019.

VPOD-Magazin > AHV-Renten.VPOD-Magazin, 2019-06-01